

- PLANZEICHENERKLÄRUNG**
- Art der baulichen Nutzung**
- A+B Grünfläche öffentlich, sh. textliche Festsetzung Nr. 1 und 2
- Maß der baulichen Nutzung**
- I Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- g geschlossene Bauweise
- o offene Bauweise
- Baugrenze
- Verkehrsflächen**
- Strassenverkehrsfläche
- Strassenbegrenzungslinie
- Öffentliche Parkfläche
- Einfaß
- Ausfaß
- Einfaßbereich/Ausfaßbereich
- Bereich ohne Ein- und Ausfaß
- Grünflächen**
- Grünfläche (öffentlich)
- Sportplatz, sh. textliche Festsetzung Nr. 2.
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses**
- Wasserflächen
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen**
- Flächen für Aufschüttungen
- Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz der Fläche und zur Entwicklung der Landschaft**
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern, sh. textl. Festsetzung Nr. 3.
- Zu erhaltende Bäume
- Sonstige Planzeichen**
- Flächen mit gleichem Höhenniveau
- HP 61,20 Alte Höhe OKT } Höhenpunkt
62,10 Neue Höhe OKT
- Uferböschung
- Sichtdreieck, sh. textliche Festsetzung Nr. 4.
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

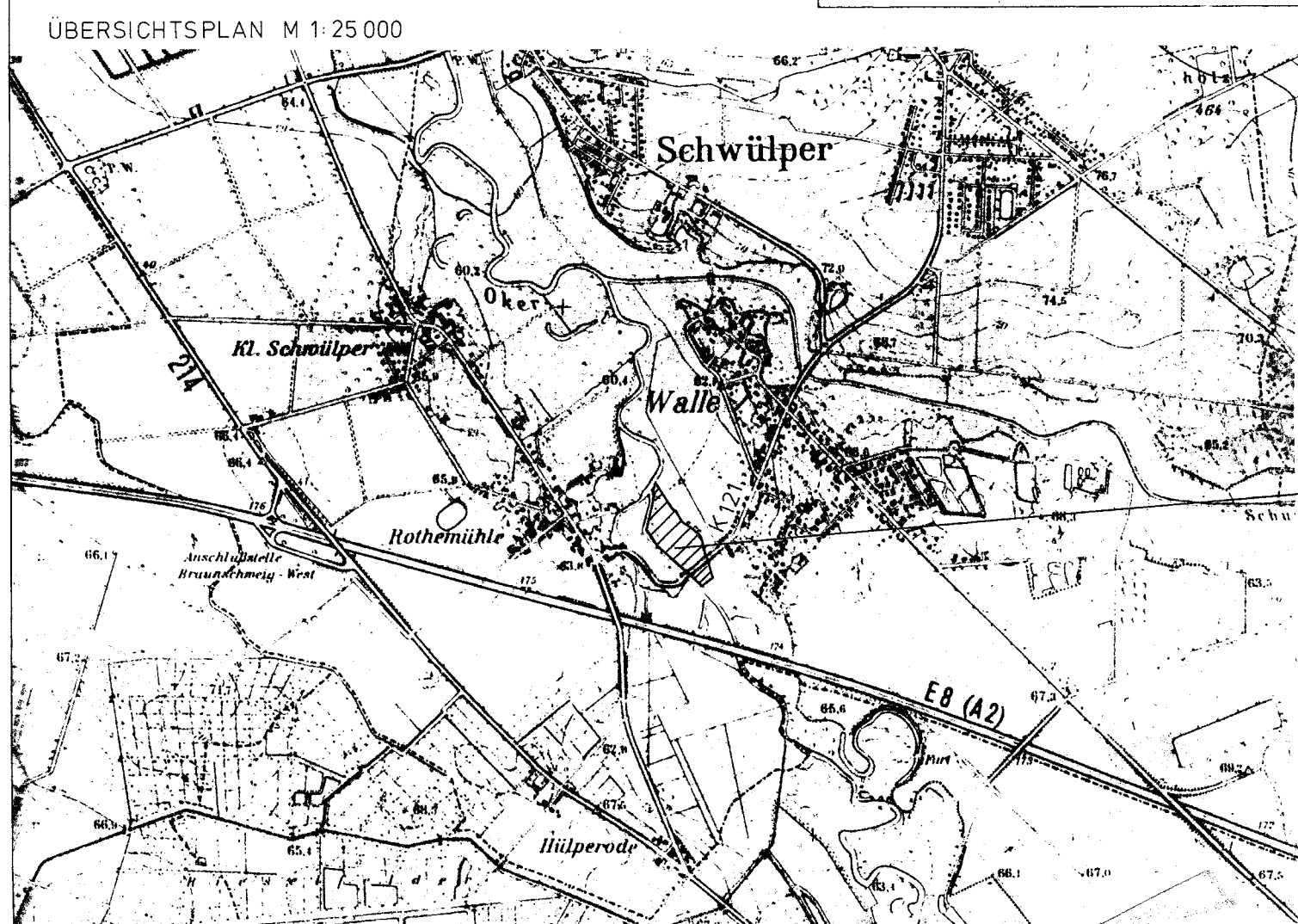
- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**
1. In der mit "A" gekennzeichneten überbaubaren Fläche mit der Bezeichnung "Vereinsheim" ist die Errichtung eines Gebäudes mit Umkleideräumen, Sanitärräumen, einer Mehrzweckhalle sowie eines geschlossenen Schießstandes mit den dazugehörigen Nebenräumen zulässig. Die maximal zulässige Gebäudehöhe beträgt 7,50 m über OKT, die maximal zulässige Grundfläche beträgt 1.200 m².
- In der mit "B" gekennzeichneten überbaubaren Fläche mit der Bezeichnung "Tennis" ist die Errichtung eines Gebäudes zur Unterbringung der für die Unterhaltung der Tennisplätze erforderlichen Geräte zulässig. Die maximal zulässige Gebäudehöhe beträgt 4,00 m über OKT, die maximal zulässige Grundfläche beträgt 100 m².
2. Innerhalb der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz ist die Anlage von Tennisplätzen, eines Großspielfeldes (Fußballplatz), eines Kleinspielfeldes (Bolzplatz) sowie die Errichtung von zwei Grillplätzen mit den dazugehörigen Schutzdächern zulässig.
3. Innerhalb der Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind je 100 m² Fläche mindestens 10 standortgerechte Sträucher und ein standortgerechter Baum zu pflanzen und zu unterhalten. Die neu anzupflanzenden und die vorhandenen Gehölze dürfen nur durch Pflegegebiel verjüngt werden. Abgängige Gehölze sind durch gleichartige zu ersetzen.
4. Innerhalb von Sichtdreiecken sind unzulässig:
- a) Nebenanlagen und Stellplätze.
- b) Einfriedungen und Bewuchs mit mehr als 0,80 m Höhe über Straßenkante.
- Ausgenommen hiervon sind Einzelbäume mit einem Kronenansatz nicht unter 2,50 m über Straßenkante.

Planunterlage angefertigt von
Katasteramt Gifhorn
Maßstab 1:500

Landkreis Gifhorn Gemeinde Schwülper

Kartenvermerk:
Flurstückskarte 1:5000
Gemarkung Walle
Stand von 15.02.88
Blauplanverfahren für Bebauungsplan, Schweinevide
Verwirklichtungsbescheid
erteilt durch das Katasteramt Gifhorn am 22.02.88 Az.: A3-8/88

- Präambel**
- Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BzBl. I S. 2253) und des § 40 der Nieders. Gemeindeordnung i.d.F. vom 22.06.1982 (Nds. GVB. I S. 229) - sämtliche Gesetze und Verordnungen in den zur Zeit geltenden Fassungen - hat der Rat der Stadt/Gemeinde Schwülper, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.
- SCHWÜLPER, den 07.06.1989
- gez. Hilt gez. Holtkötter (Siegel)
1. stellv. Bürgermeister Der Stadt-/Gemeindedirektor
- Verfahrensvermerke**
2. Der Rat der Stadt/Gemeinde SCHWÜLPER hat in seiner Sitzung am 16.10.1979 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbescheid ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB-BauG am 23.10.1979 ortsüblich bekanntgemacht.
- SCHWÜLPER, den 07.06.1989 gez. Holtkötter (Siegel)
Der Stadt-/Gemeindedirektor
- Verwirklichtungsvermerke**
3. Kartengrundlage: Flurkartenwerk, Flur: 1
Maßstab: 1:500
Verwirklichtungsvermerk:
BEBAUUNGSPLAN
erteilt durch das Katasteramt Gifhorn
am 22.02.1988
Az.: A3-8/88
4. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. (Stand von Feb. 1988). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.
- Gifhorn, den 26.06.1989 gez. A. Meyer (Siegel)
Unterschrift
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von
Gr. Schwülper, den 15.08.1988 Unterschrift
6. Der Rat der Stadt/Gemeinde SCHWÜLPER hat in seiner Sitzung am 13.06.1988 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 15.08.1988 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben von 24.08.1988 bis 26.09.1988 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
- SCHWÜLPER, den 07.06.1989 gez. Holtkötter (Siegel)
Der Stadt-/Gemeindedirektor
7. Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am 13.06.1988 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 15.08.1988 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben von 24.08.1988 bis 26.09.1988 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
- , den
Der Stadt-/Gemeindedirektor
8. Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in seiner Sitzung am 13.06.1988 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen. Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom 15.08.1988 Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 15.09.1988 gegeben.
- , den
Der Stadt-/Gemeindedirektor
9. Der Rat der Stadt/Gemeinde SCHWÜLPER hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Reden und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 08.12.1988 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.
- SCHWÜLPER, den 07.06.1989 gez. Holtkötter (Siegel)
Der Stadt-/Gemeindedirektor
10. Der Bebauungsplan ist dem Landkreis Gifhorn am 07.06.1989 gem. § 11 BauGB angezeigt worden. Der/Die-Landkreis Gifhorn hat bis zum 15.07.1989 die Vorlegung von Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB). Der/Die-Landkreis Gifhorn hat erklärt, daß er/sie unter-Auflagen/- mit-Maßnahmen keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).
- Landkreis Gifhorn
Der OKD
Gifhorn, den 06.07.1989 gez. Buthe (Siegel)
Unterschrift
11. Der Rat der Stadt/Gemeinde ist den am 15.07.1989 genannten Auflagen/Maßnahmen in seiner Sitzung am 15.07.1989 beigetreten. Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßnahmen von 15.07.1989 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurde am 15.07.1989 ortsüblich bekanntgemacht. Wegen der Auflagen/Maßnahmen hat die Stadt/Gemeinde dafür eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt. Den Beteiligten wurde von 15.07.1989 bis zum 15.08.1989 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
- , den
Der Stadt-/Gemeindedirektor
12. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am 31.07.1989 im Amtsblatt für den Landkreis Gifhorn, Nr. 9 bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 31.07.1989 in Kraft getreten.
- SCHWÜLPER, den 31.07.1989
Der Stadt-/Gemeindedirektor
13. Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1, Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend/geltend gemacht worden.
- , den
Der Stadt-/Gemeindedirektor
14. Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend/geltend gemacht worden.
- , den
Der Stadt-/Gemeindedirektor



GEMEINDE SCHWÜLPER
BEBAUUNGSPLAN „SCHWEINEVIDE“
GEMARKUNG WALLE FLUR 1
M 1:500